

**Fédération des Victimes
du Nazisme Enrôlées de Force** a. s. b. l.

Boîte postale No 2415
LUXEMBOURG-GARE

Compte chèque postal No 313 29

REPRÉSENTANT: L'ASSOCIATION DES PARENTS DES DÉPORTÉS MILITAIRES LUXEMBOURGEOIS
LA LIGUE LUXEMBOURGEOISE DES MUTILÉS ET INVALIDES DE GUERRE 1940-45 - L'AMICALE
DES ANCIENS DE TAMBOW - L'ASSOCIATION DES ENRÔLÉS DE FORCE VICTIMES DU NAZISME

Organe officiel:
„Les Sacrifiés”
Bulletin mensuel

Luxembourg, le 01.12.1978
9, rue du Fort Elisabeth

**COMMUNIQUE
DE
PRESSE**

A

PRESSE LUXEMBOURGEOISE

Freihét a Fortschrett / Journal / Letzeburger Land
Luxemburger Wort / Républicain Lorrain / Revue, letz. Ill.
RTL / tageblatt / Zeitung vum letz. Vollek

PRESSE ÉTRANGÈRE néant

NO 27/78

DIE ZWANGSREKRUTIERTENFÖDERATION TEILT MIT :

3 x 6 = 15
=====

Das ist nichts Gescheites, darum aber das aller Neueste, was der DP-Vertreter Jemp Linden letzthin zahlreichen Luxemburger auftischte. Halten wir lieber sein denkwürdiges Auftreten vor der breiten Öffentlichkeit zeitlich genau fest: Es war am Montag, den 20. November 1978, kurz nach 13 Uhr, gelegentlich eines "Face à face" - Gesprächs auf RTL. Es sprachen die SdP-Deputierte Frl. Astrid Lulling und für die DP Jemp Linden. Thema: Das Problem der Zwangsrekrutierten.

Sobald dieses Gespräch auf der UKW-Welle von RTL in Presse und Funk annonciert war, sahen zig-tausend Luxemburger gespannt dieser Sendung entgegen. Als sie da gelaufen war, ging eine Welle der Entrüstung durchs Land.

Waren die Ausführungen des Frl. Astrid Lulling kurz, präzis und sprachlich für jeden Zuhörer verständlich, so ist das genaue Gegenteil von dem zu sagen, was Jemp Linden zu bieten hatte. Textlich gesehen sprach er zwei bis dreimal so viel als seine Gesprächspartnerin. In gewissem Sinn wäre damit bereits alles gesagt. Jemp Linden hat am Thema vorbeigeredet. Absichtlich oder aus Unvermögen, das bleibe dahingestellt.

Verwunderlich, um nicht zu sagen unverständlich ist die Tatsache, dass die DP-Verantwortlichen es bislang unterliessen, einige Aussagen des ^{vielleicht} auf der DP-Liste des Südens figurierenden Wahlkandidat und Zwangsrekrutierte Jemp Linden zu rektifizieren. Letzterer muss sich nun sagen lassen, dass Überheblichkeit in Verblendung führt.

POUR RENSEIGNEMENTS SUPPLÉMENTAIRES, CONTACTER :

POUR RENSEIGNEMENTS SUPPLÉMENTAIRES, CONTACTER :			Téléphone	Heures
NOM	Prénom	Adresse		
WEIRICH	Jos	40, av. G.D. Charlotte, Dudelange	51 17 17	

Eingangs seiner Ausführung auf RTL strich der DP-Mann hervor, er sei nicht nur ein Zwangsrekrutierter, sondern auch ein grosser Manitu nach dem Krieg im Kreis seiner Schicksalsgefährten gewesen. (Gewesen ist gut!) "Daat, fir dat keng Equivoque opkënt, wéi ech zum Problem als solche stin", erklärte Jemp Linden seinen Zuhörer. Und dieses Problem versprach er in kürzester Zeit zu skizzieren, gab dann doch einen Wortschwall von sich, an dessen Ende nur noch die in der Materie am versiertesten Zuhörer sich klar wurden, wie er den reinsten Kuddelmuddel aus präzisen Gegebenheiten zu machen versteht.

Z.B. gab er vor, weder er noch sonst jemand hätte jemals den Mut aufgebracht, oder wäre heute mutig genug, die Verdienste der Nazi-Opfer höher oder geringer einzuschätzen und zu bewerten. Hier zeigt sich deutlich, wie Jemp Linden auf die Vergesslichkeit der einen und das Unwissen der andern spekuliert. Seine Behauptung stimmt ganz und gar nicht. Denn genau das, wozu Leute nicht einmal den Mut gehabt haben sollen, hat sich vor vielen Jahren ereignet. Er war doch mit dabei, als es am 25. Oktober 1947 um ein Haar zur offenen Revolte in Luxemburg gekommen wäre. Dass es überhaupt soweit kam, ist auch dem "Groupement démocratique" zuzuschreiben.

Die Groupement-Politiker sprachen den Zwangsrekrutierten damals nicht jegliche patriotische Haltung während der Nazi-Okkupationszeit ab, sondern sie stuften die Nazi-Opfer in ganz bestimmte Kategorien ein. (Siehe Art. 36 des Kriegsschädengesetz vom 25. Februar 1950, der völlig überflüssig war.)

Jemp Linden ist dann aber auch ganz sicher nicht der Mann, der Punkte zu vergeben hat. Für das, was er beispielsweise am 20. November dem Lande auf RTL verzapfte, dürfte er noch weniger als null Punkte erhalten.

Pluspunkte mag er sich in anderer Hinsicht verdient haben, u.z., weil er seine Schicksalsgefährten wissen liess, in DP-Kreisen sei man der Meinung, den Forderungen der Zwangsrekrutierten sei im Grunde genommen weit mehr Rechnung getragen als allgemein erwartet. Obschon letzteres in keiner Weise der Wahrheit entspricht, müssten die Zwangsrekrutierten ihm danken für das in seiner Naivität ausgeplauderte Empfinden der DP vis-à-vis den Zwangsrekrutierten.

Lächerlich ist, wenn Jemp Linden eine Belastung des Staats mit etwa 300 Mio Franken als unzumutbar hinstellt, welche die moralische Gleichstellung aller Nazi-Opfer nach sich ziehe. Er glaubt zu wissen, dass ganz besonders die Jugend dafür kein Verständnis habe. Verschweigen tut er geflissentlich, dass der Steuerzahler laut Statec bis 1972, elf Milliarden für Kriegsschäden, andere als materielle, aufzukommen hatten. Und seitdem ging es in einer Rangordnung von 200 bis 400 Mio pro Jahr weiter.

Wissentlich sagt Jemp Linden dem Lande eine Unwahrheit, indem er behauptet, die Zwangsrekrutierten seien durch Gesetz vom 25. Februar 1967 mit allen andern Nazi-Opfer gleichgestellt. Damit stempelt er nicht minder als 40.393 Luxemburger zu Idioten, weil sie die eben hier angesprochene Gleichstellung verlangten.

und in gleichem Ausmaß Illusionenhafte einer Wiedergutmachung durch die Deutschen vor Augen.
Er, Jemp Linden, ist nicht bereit des Geldes wegen „de Preisen de Krich ze erklären.“ Er hat vielleicht Vorstellungen ! Übrigens müsste dies längst auf dem Verhandlungsweg, also ohne Krieg, geregelt sein. Bei seinem Amstantritt hatte sein Freund und Aussenminister Gaston Thorn gerade dies hoch und heilig versprochen. Aber laut Jemp Linden suchen er und sein Minister noch immer nach einem Hebel und der Stelle wo dieser anzusetzen wäre um „d'Preisen ze forcéieren.“ Dagegen bekannte er^{er} freimütiger Naivität: „Ech sin den aller E'schten, dé berét as mat op Bonn ze goen, wa Suë verdélt solle gin, fir déi ze huelen.“ Ein hoher Bundesverdienstorden, täte der es nicht etwa auch?

Aber noch ein^s wollte Jemp Linden das Land anhand einer sogenannten Milchmädchenrechnung wissen lassen. Sagte er doch, er habe versucht sich rechnerisch zu betätigen und möchte mit einigen Zahlen dienen. (Es war wirklich ein sehr schätzbiger Versuch.)

Bei seiner Rechnerei kam er zu dem verblüffenden Resultat, die freiwillige „Prérettraite“ für die Zwangsrekrutierten koste den Staat wahre Unsummen. Man lese und staune: 6000 Zwangsrekrutierte treten 5 Jahre früher als vorgesehen in den Ruhestand. Das machen 30.000 Jahre; für jeden müsste der Staat im Schnitt und pro Kopf 600.000 Franken im Jahr bezahlen, was dann dem Rechenkünstler nach einer Summe von 15 Milliarden ergebe. $3 \times 6 = 15$

In seiner Einfältigkeit fragte Jemp Linden daran anschliessend Frl. Astrid Lulling, was sie wohl glaube, die Jugend dazu sagen würde. Nun, die Jugend wird Hrn. Jemp Linden sagen, er soll wieder zur Schule gehen, tüchtig lernen, Verlorenes nachholen um dann nachträglich seine Mitbürger von miesem Quatsch zu verschonen.

Nicht genug damit, dass er nicht mal das Einmaleins kennt, er weiss auch nicht was ein gewöhnlicher Zwangsrekrutierter so an Rente oder Pension pro Jahr, ~~gem~~ geschweige denn pro Monat bezieht. Wo um Gottes willen sind die 6.000 Zwangsrekrutierten, von denen jeder im Schnitt und im Monat eine Rente oder eine Pension von 50.000 Franken bezieht? Ganz abgesehen davon, dass weder die Renten noch die Pensionen zu Lasten des Staates gehen. Was unser Milchjunge nicht einmal zu wissen scheint, ist die Tatsache, dass sozusagen jeder Luxemburger eines Tages, ob früh oder spät, Rentner oder Pensionär wird. Sein Ruhegehalt wird er von der Pensionskasse beziehen, in welche er zeitlebens seine Beiträge bezahlt hat. Was der Staat laut Gesetz vom 26.3.1974, oder bei irgend einer anderen Regelung an Zuschuss bezahlt, ist schon jetzt recht minim und wird mit jedem Jahr weniger werden. Hier handelt es sich lediglich um eine regressive staatliche Ausgabe, die mit der Zeit vollkommen verschwindet.

Hätte Jemp Linden das gesagt, dann hätte er seine Mitbürger richtig informiert. Aber er gefiel sich in einer gegensätlichen Rolle — — — —

Mit kleinen Mätzchen und mit verlogenen, weil bewusst verdrehte Tatsachen, geht man weder auf Stimmenfang noch, macht man damit Politik.

Jean Backes und die Zwangsrekrutierten

In meiner Antwort an die Zwangsrekrutierten — siehe „l'Employé“ No 7 vom Monat November — habe ich die Artikelschreiber um eine Zusammenkunft gebeten zwecks Aussprache über meine in Sachen „Préretraite“ gemachten Aussagen in der Abgeordnetenkammer.

Leider muß ich heute sowohl den „l'Employé“-Lesern als auch den Zwangsrekrutierten über den Weg dieser Zeilen zur Kenntnis bringen, daß die Artikelschreiber bis heute meiner Einladung keine Folge geleistet haben. Warum? Das entzieht sich meiner Kenntnis.

Ich bedauere dies zutiefst. Auch kann ich dieselben nicht mit Gewalt dazu bringen, sich mit mir unterhalten zu müssen.

Es wird jedoch hierdurch einmal mehr der Beweis erbracht, daß es einfacher ist einen unter dem Deckmantel von „quelques enrôlés de force, employés privés“ gezeichneten Hetzartikel zu veröffentlichen, bewußt darin versuchen zu wollen

die Öffentlichkeit oder einen großen Teil davon irrezuführen, und nachher sich einer Aussprache resp. Klarstellung zu entziehen.

Es ist eben einfacher aus dem Hinterhalt Giftpfeile abzuschießen als in aller Öffentlichkeit mit jemanden eine Meinungsverschiedenheit auszutragen.

Für mich ist somit diese traurige Angelegenheit abgeschlossen.

Den Lesern dieser Zeilen soll es überlassen bleiben selbst zu urteilen, wer korrekt und wer unfair gehandelt hat.

Ich meinerseits werde nach wie vor pflichtgetreu meine Aufgabe im Interesse meiner Mitmenschen, ob „Enrôlés de Force“ oder nicht, ob Arbeiter oder Beamte, und nicht zuletzt als Politiker, im Interesse aller Berufsgruppen erfüllen.

Jean BACKES,
Generalsekretär
der Privatbeamtenkammer
Abgeordneter
der Demokratischen Partei

2° Avis

Faut-il ou ne faut-il pas agir.

Jean Backes antwortet Zwangsrekrutierten

"L'EMPLOYÉ"

Nov. 78

In einem „offenen Brief“ an meine Adresse, veröffentlicht in der Juni-Nummer des „L'Employé“, und welcher unterzeichnet ist „Quelques enrôlés de force, employés privés“, wird mir vorgeworfen, durch meine Haltung den Zwangsrekrutierten Schaden zugefügt zu haben, und dies sowohl auf moralischem wie auch auf finanziellem Plan und nicht zuletzt was deren Gesundheit anbelangt.

Zuerst möchte ich mein Bedauern zum Ausdruck bringen, daß die Artikelschreiber es unterlassen haben — ob dies absichtlich oder ungewollt geschah — den präzisen Grund anzugeben, der sie bewegt hat, in öffentlicher Weise Vorwürfe an meine Adresse zu formulieren. Viele „L'Employé“-Leser — und das haben die zahlreichen Nachfragen bei mir bestätigt — wußten nicht mal, um was es sich in besagtem Artikel eigentlich handelte.

So werde ich jedenfalls versuchen in meiner Antwort die nötige Aufklärung zu geben.

Ein von einer Oppositions-Partei im Parlament eingebrachter Vorschlag, allen „Enrôlés de Force“ die Möglichkeit zu geben, für eine frühzeitige

Pensionierung zu optieren, war zu dem Zeitpunkt, wo die Prévetaite-Gesetzesvorlage, welche zum Gesetz vom 24. Dezember 1977 führte, im Parlament zur Diskussion stand, nicht durchführbar. Den Grund hierzu habe ich auch auf der Kammertribüne in meiner Stellungnahme zu obiger Gesetzesvorlage bekanntgegeben.

Die Lösung der Frühpensionierung sämtlicher Zwangsrekrutierten konnte nicht ins Auge gefaßt werden, weil der Gesetzgeber beim Votum des oben zitierten Gesetzes nicht zwei Kategorien von Zwangsrekrutierten schaffen konnte.

Bekanntlich ist durch Großherzoglichen Beschluß vom 27. 12. 1977, welcher in Ausführung des Gesetzes vom 24. 12. 77 genommen wurde, die „Préretaire“ in einer ersten Etappe **nur** auf die in der Großindustrie beschäftigten Arbeiter und Angestellten anwendbar. Eine im Rahmen dieser Gesetzgebung eingeführte „Préretaire“ auf fakultativer Basis, hätte demgemäß nur auf die in der Großindustrie beschäftigten „Enrôlés de Force“ Anwendung finden können, und alle in einem anderen Wirtschaftszweig beschäftigten Zwangsrekrutierten wären von dieser Maßnahme ausgeschlossen gewesen.

Jetzt meine Frage: Wäre das eine gerechte Lösung gewesen? Die Beantwortung dieser Frage überlasse ich Ihnen selbst.

Solange also keine Verallgemeinerung der „Préretaire“ (Etappe 3 des Gesetzes vom 24. 12. 1977 — Art. 11, sub 2, Ziffer 3) eingeführt wird, solange kann man auch **keine gerechte Lösung für sämtliche Zwangsrekrutierten** finden. Allerdings ist auch hierzu der politische Wille eine erste Voraussetzung.

Desweiteren habe ich behauptet, daß, nachdem die vorzitierte Gesetzesvorlage durch Votum in der Abgeordnetenversammlung zum Gesetz erhoben sein wird, eine mehr oder weniger große Anzahl von Invalidenrenten-Berechtigte, — Zwangsrekrutierte miteinbezogen —, kein so großes Interesse mehr daran finden würden, frühzeitig die Invalidenrente zu beantragen.

Da ich die Gründe, die mich bewegen haben diese Aussage zu tun, nicht in der Abgeordnetenversammlung dargelegt habe, möchte ich dieselben ebenfalls an dieser Stelle verschweigen, um somit nicht Anstoß zu einer eventuellen Polemik zu geben.

Jean Backes antwortet den Zwangsrekrutierten

Auf der anderen Seite bin ich aber gerne bereit, — und das ist auch mein ehrlicher Wunsch — mich mit den Autoren des offenen Briefes an meine Adresse zu unterhalten, um ihnen mündlich diese Gründe unterbreiten zu können.

Zum Schluß noch folgende Bemerkung:

Was meine Einstellung den „Enrôlés de Force“ gegenüber anbelangt, kann ich nur versichern, daß dieselbe stets von tiefem Respekt geprägt war und auch heute noch immer ist. Übrigens bin ich selbst, und das als kaum 13-jähriger im Jahre 1942 ein Opfer des Nazi-Okkupanten

gewesen. Meine Weigerung der Hitlerjugend beizutreten brachte mir die Verweisung von der damaligen Goetheschule, heute „Lycée de Garçons“ ein. Aber das nur nebenbei bemerkt.

Ich kann jedenfalls von mir behaupten, daß ich in der Vergangenheit stets mein Wissen und Können in den Dienst der Privatangestellten einschließlich der „enrôlés de force-employés privés“ gestellt habe.

Zum Beweis dieser Behauptung möchte ich die Artikelschreiber hiermit bitten, wie schon einmal oben erwähnt, sich mit mir persönlich in Verbindung setzen zu wollen, damit ich ihnen Namen und Adresse der Zwangsrekrutierten bekanntgeben kann, denen ich zum Erhalt ihrer Invalidenrente mit Rat und Tat zur Seite stand. Sie werden sicherlich verstehen, daß es taktlos von mir wäre die Namen an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Es gibt eben noch Beamte die pflichtgetreu ihre Aufgabe im Interesse ihrer Mitmenschen, egal welcher Berufsgruppe sie auch angehören mö-

gen, ob „Enrôlés de Force“ oder auch nicht, erledigen, ohne dadurch ihr volles Tun und Wirken der Öffentlichkeit preiszugeben. Im Diskreten sein Soll erfüllen, ist eben nicht jedermanns Sache.

Jedenfalls wissen all jene, denen ich in meiner 27-jährigen Tätigkeit, zuerst als Sekretär und später als Generalsekretär der Privatbeamtenkammer und heute zusätzlich als Politiker, meine Unterstützung und meine Hilfe zuteil kommen ließ, dies zu schätzen.

Abschließend möchte ich noch einmal erwähnen, daß ich auf einer Zusammenkunft mit den Artikelschreibern bestehe. Sollten dieselben jedoch vorziehen, dieser Einladung nicht stattgeben zu können, werde ich dies selbstverständlich den „L'Employé“-Lesern in einer nächsten Ausgabe mitteilen.

Jean Backes
Generalsekretär der
Privatbeamtenkammer
Abgeordneter der
Demokratischen Partei

Et que font les banquiers pour la sécurité de leurs employés ?	3
Kongreß verabschiedete allgemeine Richtlinien für zukünftige FEP-Politik	5
Der Verlauf des Kongresses	6
Les objectifs de la FEP	9
Statutenreform der FEP-Sterbekasse	20
Nos cotisations pour 1979 et 1980	21
Assemblées générales	22-27
Evolution économique dans le commerce	29

*L'employé
N° 5
1978
juin*

Lettre à la rédaction

Nous publions ci-après une lettre qui nous a été adressée par quelques enrôlés de force. C'est une lettre ouverte adressée à Monsieur Jean Backes, député du parti démocratique (DP), secrétaire général de la Chambre des Employés Privés et ancien membre du Comité-Directeur de la FEP. Nous publions cette lettre sans commentaire et sans prise de position de notre part. Dans le prochain numéro de « l'Employé » nous allons cependant donner à Monsieur Jean Backes la possibilité de répondre aux reproches formulés par les signataires de cette lettre.

Lettre ouverte à M. Jean Backes

Sans vouloir commencer une polémique dans « l'Employé », organe neutre d'une fédération neutre, nous nous devons quand-même de protester de haute voix dans notre périodique contre votre manière d'agir en public contre certaines doléances des Enrôlés de Force, Victimes du Nazisme.

Que vos attitudes politiques émanent de vos propres idées ou soient dirigées par votre parti, cela ne nous regarde pas dans ce cas précis. Mais sachez que dans les rangs des employés privés nous comptons bon nombre d'enrôlés de force. Par vos actions et agissements vous leur portez préjudice grave aussi bien sur le plan moral que financier et également sur le plan de leur santé attaquée. Comme politicien-député vous devriez savoir que les enrôlés de force ont beaucoup souffert durant la 2^e guerre mondiale par les Nazis et depuis, malgré toutes promesses de part et d'autre, dont ceux de votre parti, ils doivent toujours combattre pour la réalisation de leurs justes revendications.

Vos interventions sont en tous cas incompatibles avec votre position comme fonctionnaire exposé de la Chambre des Employés Privés. En plus, votre rémunération comprend également une part de cotisations d'enrôlés de force. Ce que nous voulons c'est d'en finir une fois pour toutes avec les discriminations à l'égard des enrôlés de force.

Quelques enrôlés de force,
employés privés.

Impressum

„L'employé“ ist die Zeitung der Luxemburger Angestellten-gewerkschaft

Herausgeber: FÉDÉRATION DES EMPLOYÉS PRIVÉS du Grand-Duché de Luxembourg

Redaktion: Yves Göldi

Anschrift: 13, rue de Bragance; Postfach 1382 (tél. 47 53 51)

Druck: Imprimerie Centrale, 123 rue A. Fischer-Luxemburg

Redaktionsschluß für diese Nummer war am 15. Juni

FF No 1 01.01.78

Kranke Naziopfer müssen sich zur Arbeit schleppen, Gesunde und rüstige aber werden zwangspensioniert.

Schon im Oktober hatten die Sozialdemokraten die Regierung aufgefordert, die Bestimmungen des Gesetzes von 1974, betreffend vorzeitige Pension, auf alle Naziopfer auszudehnen, um in der Großindustrie, zusätzlich zur freiwilligen Preretraite, weitere Abgänge zu ermöglichen und um in andern Sektoren Arbeitsplätze freizumachen. **Roger Schleimer** wies darauf hin, daß es allein in der Großindustrie noch 2.000 Naziopfer gibt, so daß die Ausdehnung der freiwilligen Vorpension auf diese Kategorie voraussichtlich dazu führen würde, daß weit mehr Arbeiter und Angestellte, als die 800, die jetzt in Zwangspension versetzt werden, diese Gelegenheit in Anspruch nehmen würden, um freiwillig aus dem Arbeitsprozeß auszuscheiden.

Dies könnte zu einem schnelleren Abbau der Antikrisendivisionen führen als die Zwangspension, sagte Roger Schleimer, der an Hand von Beispielen die Ungerechtigkeiten dieser unmenschlichen Maßnahme darstellte. ARBED-Angestellte, deren Karriere durch Zwangspension abgekürzt wird, erleiden in den nächsten Jahren Einkommensverluste von 1,5 bis 2,5 Millionen, während hohe Staatsbeamte, die den Regierungsparteien nahe stehen, in der Arbeitszeit von einer Kommission zur andern pilgern, Kumule in Höhe von einem bis zwei Gehältern einsäckeln und dies auch seelenruhig weiter betreiben können.

Allein 1977 wurden 137 Millionen für Kumule beim Staat ausgegeben. Derweil fragt sich jetzt ein mit 52 Jahren zwangspensionierter Bergarbeiter, wie er nach 3 Jahren Preretraite mit einer Pension von 26.000 Franken leben soll, da er noch 7.000 Fr. pro Monat auf sein Haus zu bezahlen und auch noch eine Tochter einzurichten hat.

Trotz dieser Beispiele fanden die sozialdemokratischen Anträge, die Vorpension auf freiwilliger Basis, wenigstens in einer ersten Etappe einzuführen, keine Gnade. Und obwohl Astrid Lulling aus der letzten Ausgabe der Zwangsrekrutierten-Zeitschrift "Les Sacrifiés" zitierte, um darzulegen mit welchen Schikanen diesen die frühzeitige Invalidenpension verweigert wird, wieviele während der Prozesse sterben, daß seit 1972 weit mehr als 500 Zwangsrekrutierte frühzeitig gestorben sind, lehnten 30 Abgeordnete den sozialdemokratischen Antrag ab, (23 stimmten dafür, 5 enthielten sich) der die Ausdehnung der frühzeitigen Pension auf die Zwangsrekrutierten vorsah, eine volkswirtschaftlich und finanziell vernünftige Maßnahme.

Minister Berg hatte versucht, den Antrag mit dem Hinweis zu diskreditieren, seine Verwirklichung koste eine Milliarde. Astrid Lulling machte dies falsch - wies aber gleichzeitig darauf hin, daß 2.500 gesunde Arbeitslose auch eine Milliarde kosten, und daß es sinnvoller wäre, gesundheitlich angeschlagenen Naziopfern zu erlauben, in den Ruhestand zu treten, anstatt jugendliche und gesunde Arbeitslose auf Staatskosten auszuhalten.

Verworfen wurde die sozialdemokratische Motion welche die Regierung ersuchte, eine Bestimmung des Reglementes betreffend die Warteentschädigungen abzuändern. Gemäß dieser Bestimmung verlieren Zwangspensionierte ihre ganze Warteentschädigung wenn sie, im In- oder Ausland, einen kleinen Nebenerwerb haben, und das obwohl das Gesetz den Zwangspensionierten ausdrücklich erlaubt, einen Posten in einem andern Sektor als der Großindustrie anzunehmen. **Roger Schleimer** hatte in seiner Rede übrigens darauf hingewiesen, daß diese Bestimmung zu folgenden Ungerechtigkeiten und Härtefällen führt:

- ein Zwangspensionierter in Preretraite darf einen andern Posten außerhalb der Großindustrie antreten; sein Kollege, der noch arbeitet aber muß eine eventuelle Nebenarbeit aufgeben;
- wer in die vorzeitige Pensionierung (pension anticipée) gezwungen wird, darf nicht mehr arbeiten;
- wer eine Alterspension hat, darf keinen Posten mehr antreten. Und wenn er arbeitet, muß er seine Arbeit am 1. Juni 1978 aufgeben;
- wer eine Nebenarbeit hat, wird bestraft, weil er die 40-Stundenwoche nicht einhält.

Solche Widersprüche und Ungerechtigkeiten wären durch die sozialdemokratische Alternative vermieden worden, denn die SdP wollte:

- freiwillige Vorpension für diejenigen, die das wollen und auch für die Naziopfer;
- damit verbunden Arbeitsverbot, um Plätze für die Arbeitslosen freizumachen;
- Arbeitsverbot dann auch für alle Pensionierten, es sei denn, es handle sich um eine zeitweilige oder Teilzeitarbeit.

Das war vernünftig und logisch.

Die LSAP-DP-Mehrheit aber wollte es anders. Sie hat sich eine Suppe eingebrockt, die sie spätestens bei den nächsten Wahlen auszulöffeln haben wird. Dafür werden die Zwangspensionierten, die Zwangsrekrutierten, die Naziopfer, die Arbeitslosen und alle Luxemburger sorgen, für die die Verfassung kein Fetzen Papier und die Demokratie kein Spielzeug ist, oder kein überflüssiges Produkt, das man in den Abfalleimer werfen kann.

Wasser in den Wein gegossen ...

Wasser in seinen Wein gegossen hat der Dp-Deputierte Jean Backes. Und zwar sehr viel! Nachdem er früher tollkühn und keck behauptet hatte, die Zwangsrekrutierten lehnten eine Frühpensionierung auf freiwilliger Basis glatt ab, mußte er im „Face à face“ vom 20. März gegenüber dem sozialdemokratischen Depu-

No 2 13.01.78

Hätten Sie geschwiegen, Herr Backes

Auf luxemburgisch übersetzt: „Wanns De de Mond gehaalen häss, dann häss De Dech nèt blaméiert“, und zwar in Sachen Frühpensionierung der Zwangsrekrutierten. Herr Backes. Kein Zwangsrekrutierter hatte Sie um Ihre wertere Meinung gefragt! Dann sollten Sie gefälligst schweigen in solchen Angelegenheiten. Sie haben eine wunderbare Gelegenheit vorbegehen lassen, den Mund zu halten! Wir werden Ihre völlig nutzlose und den Enrôlés de Force sehr schädliche Intervention nicht vergessen.

Eines steht fest! Die Wahlen des Jahres 1979 kommen bestimmt, und dann werden wir daran denken! Wir haben ein sehr gutes Gedächtnis und Sie sollten sich schämen! Schauen Sie sich doch die täglichen Todesanzeigen in der einheimischen Presse an, betr. Zwangsrekrutierte. Genügen diese Zahlen noch nicht? Oder haben Sie vielleicht die Kastanien aus dem Feuer geholt oder holen müssen für andere? Dabei haben Sie sich den Zwangsrekrutierten und deren Angehörigen (auch sie sind Wähler) gegenüber die Finger sehr verbrannt.

Ihren Premier wird dies sehr wenig scheren, da er NATO- resp. UNO-Ambitionen hat. Für ihn ist es etwas einfacher: aber, warten wir mal ab! Solche Aussichten bestehen für Sie wohl kaum! Motto: Vorsicht ist die Mutter der Prozellankiste, Herr Backes!

gen Rückzieher machen. Jetzt ist der DP-Deputierte Backes auch plötzlich mit einer Frühpensionierung der geopferten Generation auf freiwilliger Basis (ab Schwelle 2) einverstanden, ohne sogenannte „Schikanen“. Der Abgeordnete Backes ist also der Ansicht, daß es sich bei den sogenannten ärztlichen Befunden um Schikanen handelt.

Laut Larousse lautet die Definition des Verbums „chicaner“: Contester sans motif, chercher des difficultés. Na, also!

Nun stellt sich die Frage: Warum dieses plötzliche Einschwenken? Vielleicht oder ganz sicher in Anbetracht der Tatsache, daß der Wahltermin immer näher rückt. Aber Herr Backes! Damit retten Sie weder sich noch ihre Partei-Kumpanen. Sie haben sich öffentlich gegen die Zwangsrekrutierten gestellt. Sie waren einer der 31 Kopfnicker, die die Zwangsrekrutierten ein weiteres Mal geopfert haben. Nun helfen ihnen auch kopernikanische Wendungen nichts mehr. Die Zwangsrekrutierten wissen genau, was sie von der DP-LSAP zu erwarten haben: rein gar nichts!

Nachdem die Petition der Zwangsrekrutierten (40.393 Unterschriften von luxemburgischen Staatsbürgern) als „quantité négligeable“ von diesem rotblauen Postenjägerverein betrachtet wurde, haben diese Abgeordneten bei den Zwangsrekrutierten, deren Familienangehörigen und Freunden jedwedes Vertrauen verloren. Die geopfert Generation hat ihren Tribut gezollt! Dem rotblauen Reiseklub und seinem Anhang werden die Stiefkinder der Nation im Wahljahr 1979 einen Denkkettel verpassen: worauf dieselben sich verlassen können!

FF No 2 13.01.78